



Freitag, 25. Oktober 2019, 15:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Die Stimmen der Macht

Der global agierende Kapitalismus weist den Mainstream-Medien eine dienende Rolle zu — einen Aufstand des Gewissens seitens der Redakteure sucht man vergebens.

von Wolfram Rost
Foto: JpegPhotographer/Shutterstock.com

Nein, die Journalisten in den „Leitmedien“ werden nicht mit vorgehaltener Pistole gezwungen, die

Unwahrheit zu schreiben. Zum Beispiel während der katastrophalen Welle des Russland-Bashings nach der Rückholung der Krim. Journalisten wissen meist auch ohne klare Anweisung, was von ihnen erwartet werden kann: nämlich Meinungsmache innerhalb gewisser Denkgrenzen. Die Pressefreiheit hierzulande ist weitgehend die Freiheit von Autoren, die Meinung der Medienunternehmer wiederzugeben. Und die vertreten nicht selten die Interessen ihrer eigenen Gehaltsgruppe – oder sind mit der herrschenden Politik über diverse inoffizielle Zirkel verbandelt. Für eingebettete Journalisten zählt sich das Mitmachen durchaus aus. Ihnen winken Geld, Posten, ein Gefühl von Bedeutung, illustre Interviewpartner aus den Kreisen der Auftraggeber. In diesem Spiel gibt es vor allem zwei Verlierer: die Wahrheit und die Demokratie.

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. (...) Andererseits wissen wir so viel über die Massenmedien, dass wir diesen Quellen nicht trauen können“ — Niklas Luhmann in „Die Realität der Massenmedien“.

Seit Jahren schon hat sich das Meinungsspektrum in den Nachrichten und den politischen Magazinen des Fernsehens immer mehr verkleinert und eingeengt. Das gilt überhaupt für alle Massenmedien. Davon betroffen sind in erster Linie die existentiell wichtigen Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch grundlegende Fragen zur Gestaltung von Wirtschaft, Finanzen und Welthandel sowie nach Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

An die Stelle der Information über unterschiedliche Standpunkte und dem Aufzeigen alternativer Lösungen tritt dabei zusehends ein homogener Nachrichtenstrom, ein medialer Mainstream. Dieser ist auf die bestehenden politischen Machtverhältnisse und deren Interessenlage ausgerichtet und scheint sich in seinen Auffassungen vielfach nur noch gegenseitig zu bestätigen. Er übernimmt die Aussagen sogenannter Pressestellen, PR-Agenturen oder Leitmedien zum Teil wortwörtlich und lässt sich auch von vorgebrachter Kritik kaum mehr beeindrucken.

Ein solcher Mainstream-Journalismus zeichnet sich dadurch aus, dass er Nachrichten über politische Ereignisse oft in bestimmter Weise gewichtet, tendenziös bewertet oder auch gezielt unterdrückt, wenn diese nicht einem bevorzugten Deutungsmuster oder dem gewünschten Meinungsbild entsprechen (1).

Daneben gibt es aber auch immer wieder gut recherchierte und sehr differenziert urteilende Beiträge.

So „scheint genau das das Wesen des Mainstreams in einer demokratischen Mediengesellschaft zu sein: dass kritische Perspektiven und abweichende Meinungen durchaus einmal vorkommen, aber keinen Einfluss auf die Folgeberichterstattung und die von Tag zu Tag fortgesetzte Erzählung der Geschehnisse in den Hauptnachrichtensendungen und großen Zeitungen haben“ (2).

Wer allerdings als Journalist auf unbequemen Wahrheiten beharrt oder anerkannte Glaubenssätze fortgesetzt hinterfragt, der kann dann auch schnell von wichtigen Quellen und „von informellen Informationsflüssen abgeschnitten werden“ und damit seine berufliche Karriere aufs Spiel setzen (3).

Eine tiefer gehende journalistische Kritik am Mainstream kommt schließlich nicht ohne Grund fast ausnahmslos von Menschen, die

nicht — oder nicht mehr — in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis mit einem der großen Medienhäuser stehen.

Als befristet oder fest angestellter Journalist ist jeder schließlich ebenfalls nur ein Lohnempfänger und damit von seinem Arbeitgeber genauso wirtschaftlich abhängig, wie es andere Arbeitnehmer auch sind. Als freier Journalist ist man wiederum abhängig von den zu vergebenden Aufträgen und Honoraren.

Pressefreiheit und Tendenzschutz

Laut dem Grundgesetz ist die Freiheit der Presse in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt und gesichert. Es gibt aber auch eine *innere Pressefreiheit*, die Freiheit und Unabhängigkeit der in den Redaktionen beschäftigten Personen, über die weit weniger gesprochen wird. Genau diese ist durch die Existenz und Anwendung des sogenannten *Tendenzschutzparagraphen* grundsätzlich in Frage gestellt.

Der Tendenzschutz ergibt sich aus dem privatwirtschaftlichen Recht eines Eigentümers, neben der wirtschaftlichen auch die allgemeine Richtung des von ihm herausgegebenen Mediums selbst festzulegen.

Medienrechtlich bedeutet dies, dass jeder Verleger über die inhaltliche Tendenz sowie politische Ausrichtung seines Unternehmens frei bestimmen kann. Zudem kann er die von ihm beschäftigten Redakteure und Journalisten arbeitsrechtlich dazu verpflichten, bestimmte redaktionelle Vorgaben einzuhalten und sich einer von ihm gewünschten politischen Sichtweise sowie Ausdrucksform zu bedienen.

Im Prinzip und nach dem Gesetz können Journalisten zwar frei berichten, doch unterliegen „die Mittel und Ressourcen, diese Freiheit zu nutzen (...), harschen institutionellen Beschränkungen“ (4).

In einem Beitrag der überregionalen Wochenzeitung Die Zeit zur arbeitsgerichtlichen Klage der Redakteurin eines anderen großen deutschen Blattes, die „die nachrichtliche Berichterstattung ihrer Zeitung als nicht ausgewogen“ kritisiert hatte, hieß es dazu:

„Was und wie berichtet wird, entscheidet in Redaktionen im Streitfall aber der Herausgeber oder der Chefredakteur, das erlaubt ihnen der Tendenzschutz. Auch der Pressekodex fordert nicht, dass eine Zeitung insgesamt ausgewogen berichten muss“ (5).

Von einer inneren Pressefreiheit kann also kaum gesprochen werden. Außerdem ist es unter solchen Umständen leicht möglich, dass „Verleger und Chefredakteure auch zutreffende und gut recherchierte Berichte und Kommentare zurechtbiegen, verkürzen, verdrehen, verfälschen oder unterdrücken können“ (6).

So sagt der Wirtschaftsjournalist Harald Schumann, der über Jahre beim Nachrichtenmagazin Der Spiegel arbeitete, es sei im Medienbetrieb üblich, wenn man „den Mächtigen nach dem Maul schreibt, wird man auch eher eingeladen, dann kriegt man die besseren Moderations- und Vortragsangebote, die höheren Honorare. Man gehört dazu“ (7).

Es verwundert deshalb nicht, dass Journalisten den fragwürdigen Rahmen „bereits akzeptiert haben, in dem ‚freie Berichterstattung‘ gegenwärtig stattfindet“, denn „Verleger, Medienmanager, werbende Unternehmen und Investoren entscheiden über die grundsätzlichen Dinge und darüber, ob sie die von Journalisten ausgeübte Freiheit im Einzelfall für akzeptabel halten. Sie wählen das Personal aus und kündigen. Sie befördern Karrieren oder üben

Druck aus. (...) Keine Zensur weit und breit. Der Effekt ist jedoch derselbe“ (8).

Letztlich braucht „dem Redakteur neuen Zuschnitts (...) niemand mehr zu sagen, was er zu tun und was er zu lassen hat“, er kennt inzwischen die Grenzpfähle genau, „innerhalb derer er schreiben kann, was er will“ (9).

Für den Autor und Medienkritiker Walter van Rossum ist diese „Anlehnung an die herrschenden politischen Interessen und Programme“ dann auch die eigentliche „Kardinalsünde des real existierenden Journalismus“ (10).

In den Redaktionen der öffentlich-rechtlichen Medien gilt der Tendenzschutz allerdings nicht. Zudem dürfen besondere politische Präferenzen oder nur rein wirtschaftliche Erwägungen in der journalistischen Arbeit dieser Medien ausdrücklich keine Rolle spielen.

So ist es bis heute eben auch als eine große Errungenschaft zu betrachten, „dass nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus der Rundfunk damals ausdrücklich weder dem Staat, noch dem Kapital übereignet worden ist“, sondern dass er einen demokratisch-pluralistischen Programmauftrag bekam, „der alle gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen und keine zu privilegieren hat“ (11).

Öffentlich-rechtliche Medien haben deshalb – laut Rundfunkstaatsvertrag – in ihrer Berichterstattung und in ihren Informationssendungen „unabhängig und sachlich“ zu sein, in „freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken“ und „bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen“ (12).

Doch gerade hier, bei der Erfüllung ihres zentralen gesellschaftlichen Auftrags, haben sich in der letzten Zeit in den öffentlich- rechtlichen Medien bedenkliche Veränderungen vollzogen, die sich vor allem in einer Reihe von unausgewogenen und oftmals auch verzerrenden Beiträgen zur Außenpolitik sowie zur internationalen Rolle der NATO widerspiegeln.

Den Höhepunkt bildete dabei die Berichterstattung über die Ukraine Krise, die mit ihrem „Russland-Bashing in Dauerschleife auf nahezu allen öffentlich-rechtlichen Kanälen und Genres, bis hinein in Kultur- und Sportsendungen“ zu recht auf zahlreiche Proteste stieß und zunehmend auch als parteilich beziehungsweise als Propaganda erkannt wurde (13).

Deshalb muss mit Nachdruck darauf hingewirkt werden, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der sich im Wesentlichen aus den Pflichtbeiträgen der privaten Haushalte finanziert, „wieder seinem originären Auftrag nachkommt – und zwar ohne Manipulationen des Publikums, ohne Auslassungen wichtiger Informationen, ohne Freund-Feind-Schemen, ohne Propaganda und ohne Klamauk aus der Mottenkiste“ (14).

Doppelte Standards in der Berichterstattung

Weil für die Mainstream-Medien oft von vornherein schon klar ist, wer in der internationalen Politik die Guten und wer die Bösen sind, wird bei wichtigen politischen Ereignissen grundsätzlich mit zweierlei Maß gemessen, kommen doppelte Standards zur Anwendung. So sind in der Berichterstattung dieser Medien „Menschenrechtsverletzungen (...) nicht gleich Menschenrechtsverletzungen“ und auch „Kriegsverbrechen nicht gleich Kriegsverbrechen – ihre Schwere und Skandalträchtigkeit

hängt davon ab, wer sie begeht“ (15).

Wer auf der Seite der Guten kämpft, „ist Freiheitskämpfer. Im Kampf gegen den Terror sind ihm, weil er ein Unsriger ist, auch unerlaubte Mittel erlaubt. Anti-Terror-Methoden werden durch ihren Zweck zu guten Methoden, während die Mittel der Bösen nur böse Mittel sein können“ (16). Es ist deshalb „immer wichtig, genau darauf zu achten, wer in der Berichterstattung tötet, getötet wird oder einfach umgekommen ist“ (17).

So können die Despoten dieser Welt eben noch immer mit politischer und medialer Nachsicht rechnen, sofern sie sich ernsthaft und nachhaltig gewillt zeigen, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der führenden Länder des Westens zu befördern oder zumindest nicht anzutasten.

Selbst Militärs, die durch einen blutigen Putsch gegen eine gewählte Regierung an die Macht gekommen sind oder dies ohne Erfolg versucht haben, werden dabei nicht ausgenommen.

Überheblichkeit und die bewusste Anwendung doppelter Standards, vor allem im Umgang mit außereuropäischen Ländern, sind jedoch keine neue Erscheinung in den internationalen Beziehungen, sondern haben bereits eine lange kulturelle Tradition, gehören sie doch seit jeher schon zu den praktizierten Werten abendländischer Außenpolitik.

Seit dem Golfkrieg werden auch kaum noch die Opfer der eigenen Kriegsführung gezeigt, obwohl Umfang und Intensität militärischer Interventionen im Ausland zunehmen. Dagegen wird eindrucksvoll demonstriert, wie perfekt und „sauber“ sich die moderne Kriegstechnik inzwischen anwenden lässt. Wie in einem Computerspiel landen dabei die Geschosse treffsicher in irgendwelchen feindlichen Anlagen oder Gebäuden. Was jedoch mit

den Menschen geschieht, die sich in diesen Gebäuden befinden, wird strikt ausgeblendet. Zu groß wäre die Macht der Bilder und zu negativ ihr Einfluss auf die behauptete Notwendigkeit sowie auf die angestrebte Akzeptanz dieser militärischen Kampfeinsätze.

Sprachliche Aufbereitung von Nachrichten: Wording und Framing

Die Sprache hat einen immensen Einfluss auf die Wahrnehmungen der Zuhörer und wirkt sich direkt auf ihr Handeln und ihr soziales Verhalten aus. Sie „bestimmt, wie wir unsere Umgebung und andere Menschen wahrnehmen, und mit welcher Leichtigkeit Informationen und Fakten von unserem Gehirn registriert werden“ (18).

Wie die Empfänger eine von den Medien verbreitete Nachricht oder Information dann konkret aufnehmen, darüber entscheidet nicht zuletzt auch das sogenannte Wording, die spezielle Wortwahl, der redaktionell vorgegebene sprachliche Rahmen, das Framing.

Den zuständigen Redakteuren der großen Medienkonzerne ist die jeweilige Sprachregelung ihres Hauses natürlich gut bekannt. Sie wissen genau, wer in ihrer Berichterstattung „als gut und wer als böse zu gelten hat“, denn „der Gute stellt fest oder erklärt, der Böse behauptet, und wer droht und behauptet, wird damit sofort als der Böse kenntlich“ (19).

Wirtschaftliche und politische Sanktionen, die der Gegenseite einen möglichst empfindlichen Schaden zufügen sollen, werden – dieser Sprachregelung zu Folge – „als Warnungen ausgegeben, die bis zur Hungerblockade reichen dürfen – vorausgesetzt, dass wir Guten sie verhängen“ (20).

Nach dem Wording der Leitmedien und der ihr eigenen Rollenverteilung gibt es für den gleichen Sachverhalt dann oftmals unterschiedliche Begriffe, zum Beispiel die mutigen Fluchthelfer oder die kriminellen Schleußer.

Im Syrienkrieg sind es auch immer wieder nur die Russen oder die Regierungstruppen, die mit ihren Flugzeugen feindliche Stellungen oder mitunter sogar zivile Objekte bombardieren und dabei tote Zivilisten in Kauf nehmen. Die Nato dagegen fliegt nur Einsätze, und wenn es einmal bekannt wird, dass die Präzisionswaffen doch nicht so ganz präzise getroffen haben, dann handelt es sich um bedauerliche Zwischenfälle, um Kollateralschäden, die nicht gewollt waren und selbstverständlich genauestens untersucht werden.

An sprachliche Manipulation im Sinne des von George Orwell geprägten Begriffs des Neusprech erinnert dann, wenn sogar in einem staatlichen Dokument, statt von Krieg, von einer robusten Friedenserzwingung gesprochen wird (21).

Mit der getroffenen Sprachregelung und Wortwahl ist meist auch ein bestimmtes Framing verbunden. Darunter versteht man das Aufbereiten und zum Teil schon Bewerten einer zu übermittelnden Information, das bewusste Setzen eines sprachlichen Deutungs- oder Interpretationsrahmens (Frame).

Die Nachrichtenübermittler üben aktiven Einfluss darauf aus, wie die Empfänger eine bestimmte Nachricht aufnehmen oder was sie über einen konkreten Sachverhalt möglichst denken sollen.

Scheinbar objektiv weitergegebene Informationen werden in Wahrheit bereits interessenabhängig kommentiert, ohne dies als eine subjektive Meinungsäußerung oder als einen redaktionellen Kommentar klar und deutlich zu kennzeichnen, was unbedingt notwendig wäre.

Derartige Frames sind „immer selektiv. Sie heben bestimmte Fakten und Realitäten hervor und lassen andere unter den Tisch fallen“ (22). Wichtige gesellschaftliche und politische Gegebenheiten werden damit – aus einer ganz bestimmten Weltsicht heraus – zugleich entsprechend eingeordnet und bewertet (23).

Haben sich aber bestimmte Denkmuster und Deutungsrahmen (Frames) von Ereignissen oder Sachverhalten – durch ihre ständige mediale Wiederholung – im Kopf erst einmal festgesetzt, erkennen die so Beeinflussten davon abweichende Informationen oftmals kaum noch an und lehnen diese meist schnell ab, da sie nicht mehr in dieses Muster oder in diesen Rahmen passen.

Die übermittelten Nachrichten stets kritisch zu hinterfragen und sich vor allem umfassend zu informieren, beispielsweise in den alternativen Medien, wird deshalb immer wichtiger. Vor allem die Nutzung des Internets bietet dabei jedem die Möglichkeit, die in den Mainstream-Medien immer weniger vorkommenden – aber dennoch reichlich vorhandenen – abweichenden Standpunkte und Sichtweisen zu vergleichen und sich selbst eine eigene, fundierte Meinung über die Geschehnisse in der Welt zu bilden.

Dass dafür aber vielfach die Zeit und auch das notwendige Interesse fehlt, und viele dann doch wieder die eigene Meinungsbildung den Hauptnachrichten der Leitmedien überlassen, ist nicht zuletzt mit ein Grund dafür, dass sich an der Ausrichtung und Vorgehensweise dieser Medien, trotz zunehmender Kritik, wohl so bald nichts Grundsätzliches ändern wird.

Unterdrückung unerwünschter Themen

Eine staatliche Zensurbehörde, die der Öffentlichkeit bestimmte Informationen bewusst vorenthält, ist in Deutschland nicht bekannt.

Trotzdem gelingt es immer wieder, unliebsame Themen sowie die Personen, die sich mit diesen beschäftigen, nahezu vollständig aus den großen Leitmedien herauszuhalten und mitunter auch zu diskreditieren. Ein Beispiel dafür ist die anhaltende Unterdrückung der Berichterstattung über die Folgen des Einsatzes von Uranmunition durch die US-Armee und ihre Verbündeten in den ehemaligen und gegenwärtigen Kriegsgebieten.

Zuletzt verabschiedete das Plenum der UN-Generalversammlung „am 5. Dezember 2016 eine neue Resolution zu Uranwaffen mit 151 zu 4 Stimmen bei 28 Enthaltungen (Res.71/70)“. Diesmal enthielt sich Deutschland, das die Resolutionen zur Ächtung dieser Waffen bis zum Jahr 2014 unterstützt hatte, der Stimme (24).

Seit dem Jahre 2007 ist das die sechste angenommene Resolution zu dieser Problematik. In ihr werden „vor allem die anhaltenden Befürchtungen von betroffenen Staaten, Gesundheitsexperten und der Zivilgesellschaft in Bezug auf potentielle Gesundheitsrisiken“ von DU-Munition hervorgehoben (25).

Das Thema Uranmunition ist in den großen Medien aber bereits seit einigen Jahren nahezu gänzlich verschwunden. Den Medien ist es zunehmend gelungen, die gesamte Problematik aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten, obwohl diese Munition weiterhin eingesetzt wurde und bis heute noch wird (26).

Einige der politisch und militärisch Verantwortlichen dürften ein besonderes Interesse daran haben, dass über den Einsatz und die gesundheitlichen Folgen dieser Waffen keine weiteren Berichte mehr an die Öffentlichkeit gelangen. Zumindest die Leitmedien scheinen dies auch fast ausnahmslos zu akzeptieren und zu befolgen.

Vermutlich sind es aber vor allem die Bilder der Opfer, noch dazu wenn es sich um sterbende Kinder oder um Missbildungen bei

Neugeborenen handelt, die keinesfalls veröffentlicht werden sollen. Widersprechen sie doch zu offensichtlich den von sich selbst behaupteten hohen moralischen Ansprüchen sowie der Illusion vom Bestehen und Wirken einer westlichen Wertegemeinschaft, diesem ganzen Gerede von einem weltweiten, uneigennützigem Einsatz für Humanität und für die Achtung der Menschenwürde.

Medien als Stimmen der Macht

In einer kritischen Netzwerkanalyse ist der Medienwissenschaftler Uwe Krüger schon vor Jahren der Frage nachgegangen, „ob es einen Zusammenhang gibt zwischen einer personellen Nähe deutscher Leitmedien zu Eliten aus Politik und Wirtschaft und ihrer Berichterstattung“ (27). Bei seiner Recherche stellte Krüger fest, dass leitende Redakteure großer deutscher Medien im untersuchten Zeitraum „der Jahre 2007 bis 2009 außerhalb ihrer unmittelbaren journalistischen Pflichten vielfältig mit Politik- und Wirtschaftseliten verbunden waren“ (28).

Dies zeigte sich deutlich in den entsprechenden „Kontaktpotenzialen“, „die durch Hintergrundkreise, Stiftungen, Think Tanks, Policy Discussion Groups oder nichtöffentliche Konferenzen vermittelt waren“ (29).

Speziell untersucht und nachgewiesen hat Krüger „die Einbindung von vier außenpolitisch tonangebenden Redakteuren (...) in außen- und sicherheitspolitische Strukturen mit Bezügen zur Bundesregierung, Nato und USA“ (30). Diese Redakteure verlassen in ihren Artikeln dann auch kaum den Rahmen des für Nato- und US-nahe Netzwerke üblichen Diskurses (31). Mitunter enthielten die Beiträge noch „Elemente von Propaganda“; eine Auseinandersetzung mit diesen Positionen sowie mit Einwänden und Kritik fand dagegen nicht statt (32). Dafür tendieren die

modernen Massenmedien immer mehr dazu, „Stimmen der Macht zu sein“, und für deren Standpunkte und Entscheidungen in der Bevölkerung um die notwendige Zustimmung zu werben (33).

Der Einfluss des medialen Mainstreams wird voraussichtlich noch weiter zunehmen. Wie die vorhandenen Informationen dort in Zukunft „gesiebt, gewichtet, zugespitzt, gefärbt und modelliert“ werden, kann man allenfalls nur ahnen (34).

Mit dem wachsenden Einfluss dieser Medien wächst zugleich „die Notwendigkeit zu verstehen, nach welchen Regeln sie Themen auswählen und wie sie darüber berichten. Gelingt uns dies nicht, werden wir möglicherweise bald wie Blinde von unbekannten Mächten durch die Landschaften des Politischen geführt. Jedenfalls ist es bereits heute so, dass wir permanent akribisch über alle möglichen Kanäle recherchieren müssen, wenn wir überhaupt die Chance haben wollen, medial vermittelte Schilderungen zu überprüfen. Autonomie sieht anders aus“ (35).

Quellen und Anmerkungen:

- (1) Teusch, Ulrich: Lückenpresse. Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten. Frankfurt/Main 2016, S. 39f.
- (2) Krüger, Uwe: Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen. München 2016, S. 14.
- (3) Krüger, a.a.O., S. 111.
- (4) Wenn Regierungen lügen und Medien mitmachen. Ein Interview mit David Goetzmann. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 43.
- (5) Kotynek, Martin: Endstation Frankfurt? In: Die Zeit, 4. April 2013.

- (6) Von innerer Pressefreiheit kann keine Rede sein. Ein Interview mit Rainer Butenschön. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 307.
- (7) „Wenn man den Mächtigen nach dem Maul schreibt, bekommt man die besseren Honorare“. Interview von Marcus Klöckner mit Harald Schumann. In: Telepolis, 20. Mai 2015.
- (8) Wenn Regierungen lügen und Medien mitmachen. Ein Interview mit David Goetzmann. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 43.
- (9) Ja, lügen die Medien denn nun oder nicht? Ein Interview mit Walter van Rossum. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 26.
- (10) Ebd.
- (11) Von innerer Pressefreiheit kann keine Rede sein. Ein Interview mit Rainer Butenschön. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 313.
- (12) Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag) vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 15. bis 26. Oktober 2018, in Kraft getreten am 1. Mai 2019, § 10; § 11.
- (13) Die alltägliche Manipulation. Ein Interview mit Maren Müller. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 261.
- (14) Müller, a.a.O., S. 260.
- (15) Krüger, Uwe: Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen. München 2016, S. 138.
- (16) Spoo, Eckart: Wording. ARD & Co. — Wie Medien manipulieren. In: Die Propagandaschau. Der Watchblog für Desinformation und Propaganda in deutschen Medien. 09. November 2015.
- (17) Mit Fakten lügen. Ein Interview mit Sabine Schiffer. In:

Wernicke, Jens: Lügen die Medien?

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 289.

(18) Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln 2016, S. 20f.

(19) Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien! Ein Interview mit Eckart Spoo. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 96.

(20) Spoo, Eckart: Wording. ARD & Co. – Wie Medien manipulieren. In: Die Propagandaschau. Der Watchblog für Desinformation und Propaganda in deutschen Medien. 09. November 2015.

(21) Weißbuch (2016): Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. Bundesministerium der Verteidigung. Berlin 2016, S. 61.

(22) Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Köln 2016, S. 18.

(23) Wehling, a.a.O., S. 191.

(24) Internationale Koalition zur Ächtung von Atomwaffen. ICBUW Deutschland. Sechste UN-Resolution zu angereichertem Uran (DU) – Ignoranz und Desinteresse seitens der Bundesregierung.

(25) Ebd.

(26) Rötznier, Florian: Pentagon bestätigt Einsatz von Uranmunition in Syrien. In: Telepolis, 01. Dezember 2016.

(27) Krüger, Uwe: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse. Köln 2013, S. 255.

(28) Krüger, a.a.O., S. 256.

(29) Ebd.

(30) Krüger, a.a.O., S. 256f.

(31) Schreyer, Paul: „Mit dem gebotenen Hohn“. Interview mit Uwe Krüger. In: Telepolis, 24. Mai 2014.

(32) Krüger, Uwe: Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische

Netzwerkanalyse. Köln 2013, S. 257.

(33) Wenn Regierungen lügen und Medien mitmachen. Ein Interview mit David Goetzmann. In: Wernicke, Jens: Lügen die Medien?

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung. Frankfurt/Main 2017, S. 37.

(34) Meyer, Thomas: Die Unbelangbaren. Wie politische Journalisten mitregieren. Berlin 2015, S. 15.

(35) Ebd.

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Wolfram Rost, Jahrgang 1948, ist diplomierter Philosoph und Ingenieur. Er arbeitete in verschiedenen Bereichen, zuletzt als Lehrer in der beruflichen Erwachsenenbildung.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International)**

(<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>) lizenziert.

Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.